

„Das Allerwichtigste ist jetzt, Planungssicherheit zu schaffen“

Der Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ liegt seit Ende Januar vor. Es kommt nun darauf an, die vorliegenden Empfehlungen mit Blick auf eine sichere, wettbewerbsfähige und klimaschonende Energieversorgung Deutschlands unter Beteiligung aller Betroffenen zu prüfen. Die Kommission greift u.a. hart in die Revierplanungen für Braunkohle ein. Was bedeutet das für die betroffenen Unternehmen, wie richtet man sich darauf ein? „et“ fragte bei Dr. Helmar Rendez, Vorstandsvorsitzender der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG, nach.

„et“: In welchem Verhältnis stehen die Revierplanungen der LEAG zu den Empfehlungen der Kommission Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung?

Rendez: Die LEAG hat vor inzwischen zwei Jahren, also lange bevor die Kommission eingesetzt wurde, ein Lausitzer Revierkonzept vorgelegt, das bereits an veränderte politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen angepasst und mit den Pariser Klimazielen vollständig vereinbar ist. Wir haben damals geplante Abbaufelder reduziert und lassen damit im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen 850 Mio. t Braunkohle in der Erde, die kein CO₂ freisetzen werden. Unser Revierkonzept plant mit einer Stromerzeugung aus Braunkohle bis in die 2040er Jahre, und ich gehe davon aus, dass so lange ein Anteil an Braunkohlenstrom noch benötigt wird, wenn wir der deutschen Wirtschaft und auch allen Privathaushalten eine über 24 Stunden pro Tag verlässliche und bezahlbare Stromversorgung weiterhin gewährleisten wollen.

Die Kommission empfiehlt – zugegeben in einem Kompromiss, in dem sich alle Seiten bewegen mussten – ein Ausstiegsdatum bis Ende 2038. Wenn es dabei bleibt, bedeutet das Einschnitte in unser Revierkonzept, die nicht ohne Folgen für unser Geschäft und damit für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Lausitz bleiben. Und da wir mit einem Vorlauf von mindestens zehn Jahren planen müssen, wird man die Auswirkungen unmittelbar sehen. Ob die Empfehlungen der Kommission aber in der Realität umsetzbar sind, ohne dass die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt dabei Schaden nimmt, wird sich erst später zeigen. Darum ist es immerhin ein guter Gedanke, relativ früh Haltepunkte zur Überprüfung vorzusehen.



Dr. Helmar Rendez, Vorstandsvorsitzender der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG, Cottbus
Foto: LEAG

Der Lausitz ausreichend Zeit für den Transformationsprozess geben

„et“: Sie haben erklärt, Strukturwandel in der Lausitz könne es nur mit der LEAG geben. Können Sie das näher erläutern?

Rendez: Wir sind mit 8.000 Beschäftigten ohne Frage der größte Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in der Lausitz. Wir besitzen Kompetenz und Erfahrung in der Energieerzeugung und wir haben eine gut ausgebaute Infrastruktur, die vielseitig nutzbar ist. Selbstverständlich wollen wir mit diesen Voraussetzungen die Strukturentwicklung unserer Energieregion mit der Weiterentwicklung unseres Unternehmens verbinden.

Unser Revierkonzept soll uns und der Region dabei die nötige Zeit geben, um die LEAG für neue Aufgaben neben und außerhalb der Kohle vorzubereiten. Wir sehen da auch Kooperationsmöglichkeiten mit der Wissenschaft und mit anderen Unternehmen. Die Lausitz soll nach dem Willen der Politik zur Modellregion des Strukturwandels werden. Die LEAG ist der ideale Partner für diese Aufgabe.

„et“: Das Lausitzer Revier verteilt sich auf die Bundesländer Brandenburg und Sachsen. Ist das ein Problem für den notwendigen Strukturwandel?

Rendez: Die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen haben gerade im vergangenen Jahr und bis heute bewiesen, dass

„Das Allerwichtigste ist jetzt, Planungssicherheit zu schaffen, und der Lausitz ausreichend Zeit für den Transformationsprozess zu geben. Natürlich ist auch Geld nötig, um die Strukturentwicklung zu fördern, aber Geld allein kauft keine Zukunft. Mit Geld können Sie vielleicht eine geeignete Infrastruktur vorbereiten, aber das allein bringt Ihnen noch keine langfristig sicheren und gut bezahlten Industriearbeitsplätze. Die braucht die Lausitz aber auch in Zukunft, wenn sie nicht ausbluten soll. Ich denke die Menschen hier haben den festen Willen und die nötige Kreativität, etwas Neues zu schaffen. Dafür brauchen Sie die Unterstützung der Politik, nicht nur der Länder, sondern auch vom Bund.“

Dr. Helmar Rendez, Vorstandsvorsitzender der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG, Cottbus

sie an einem Strang ziehen und mit einer Stimme sprechen, wenn es um eine nachhaltige und realitätsgetriebene Strukturentwicklung der gesamten Lausitz geht. Das Allerwichtigste ist jetzt, Planungssicherheit zu schaffen, und der Lausitz ausreichend Zeit für den Transformationsprozess zu geben.

Natürlich ist auch Geld nötig, um die Strukturentwicklung zu fördern, aber Geld allein kauft keine Zukunft. Mit Geld können Sie vielleicht eine geeignete Infrastruktur vorbereiten, aber das allein bringt Ihnen noch keine langfristig sicheren und gut bezahlten Industriearbeitsplätze. Die braucht die Lausitz aber auch in Zukunft, wenn sie nicht ausbluten soll. Ich denke die Menschen hier haben den festen Willen und die nötige Kreativität, etwas Neues zu schaffen. Dafür brauchen Sie die Unterstützung der Politik, nicht nur der Länder, sondern auch vom Bund.

„et“: Welche Auswirkungen wird der Kohleausstieg in der Lausitz auf den gesellschaftspolitischen Zusammenhalt haben?

Rendez: Das kommt darauf an, wie und in welchem Zeitrahmen er gestaltet wird und welche Alternativen mit der Strukturentwicklung entstehen. Forschungseinrichtungen sind sicher nützlich und können viel bei der Entwicklung unterstützen. Aber anständig bezahlte Industriearbeitsplätze sind das A und O für das Überleben der Lausitz. Man hat den Bergleuten und Kraftwerkern versprochen, dass keiner von ihnen mit dem Kohleausstieg ins Bergfreie fällt, dass es dann sogar mehr Arbeitsplätze geben werde als vorher. Das ist ein Versprechen, das die Politik nun auch einlösen muss. Sicherlich ist das keine kleine Herausforderung.

„et“: Die deutsche Braunkohlenindustrie fordert den Erhalt lebensfähiger Reviere bis zum Auslaufen der Kohleverstromung. Wie ist dies zu gewährleisten, wenn die Kraftwerke in der Lausitz nach und nach ihre Stromerzeugung einstellen?

Rendez: Die Kommission hat ihre Empfehlungen abgegeben. Wir wissen noch nicht, was die Bundesregierung daraus macht und wie sich das in konkretem Regierungshandeln niederschlägt. Die Kommission empfiehlt, bis zum 30. Juni 2020 zu einvernehmlichen Regelungen mit den Betreibern zu kommen. Ich gehe davon aus, dass wir demnächst zu ersten Gesprächen eingeladen werden.

Kein Kohleausstieg durch die Hintertür!

„et“: Es drohen neue Luftreinhaltevorschriften, vor allem bei NO_x, obwohl sich die Kohlekommission strikt gegen „einen Kohleausstieg durch die Hintertür“ wendet. Was ist hier die Sachlage?

Rendez: Auch hier liegt der Ball im Spielfeld der Bundespolitik. Sie muss die Vorgaben der EU in nationales Recht umsetzen. Dafür hat sie einen Ermessensspielraum, den sie nutzen kann, um einseitig unverhältnismäßige Belastungen für einzelne Energieunternehmen zu vermeiden. Das erwarten wir auch. Gleichzeitig machen auch wir unsere Hausaufgaben. Im Kraftwerkspark von LEAG wurden in den vergangenen Jahren mehrere Milliarden Euro in Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen von Kraftwerken investiert. Dadurch wurden die Emissionen drastisch reduziert, und wir arbeiten intensiv an einer weiteren Minderung von Emissionen.

„et“: Minderheitsvoten zum Kommissionsbericht, neue Protestaktionen und Forderungen nach höheren Preisen für CO₂ lassen Zweifel aufkommen, ob die geforderte Planungssicherheit und Verlässlichkeit für die nächsten 20 Jahre tatsächlich gegeben sein werden.

Rendez: Es hat mich tatsächlich überrascht, wie schnell der Kommissionsbericht, der ja auch einen gesellschaftlichen Konsens abbilden soll, von manchen wieder in Frage gestellt wurde. Sogar von einigen, die mit am Kommissionstisch gesessen haben. Umso mehr wird es jetzt Zeit, dass die Bundesregierung sich bald zu ihren Vorstellungen über einen Ausstiegsfahrplan äußert – einschließlich der Strukturentwicklungshilfen – und dem Ganzen einen klaren und verlässlichen Rahmen gibt. Sonst fällt am Ende der Kompromiss auseinander und die ganze Debatte beginnt wieder von vorn.

„et“: Das Bundesumweltministerium hat den Vorschlag für ein Klimaschutzgesetz vorgelegt. Vorgesehen sind Emissionsbudgets auch für die Energiewirtschaft. Wie bewerten Sie das?

Rendez: Das Klimaschutzgesetz soll gemäß Koalitionsvereinbarung bis Ende des Jahres verabschiedet werden. Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse der Strukturkommission Eingang in dieses Gesetz finden, muss zuvor die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgen – von den Strukturhilfen für die betroffenen Regionen bis hin zur einvernehmlichen Verständigung mit den Betreibern. Dabei sollte immer die Gleichrangigkeit des energiepolitischen Zieldreiecks die Leitlinie des politischen Handelns sein.

Fakt ist, dass die Energiewirtschaft als einziger Sektor ihre Ziele für 2020 erreichen

„Fakt ist, dass die Energiewirtschaft als einziger Sektor ihre Ziele für 2020 erreichen wird. Zusätzliche und noch schneller zu erreichende Reduktionsziele in diesem Bereich führen zwangsläufig zu höheren Risiken für die Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise. Daran kann niemand ein Interesse haben. Dies gilt auch für gesetzlich starr vorgegebene jährliche sektorale Emissionsbudgets – das wäre eine Einladung für eine neue Qualität von Klagewellen und würde die Planungs- und Rechtssicherheit grundsätzlich in Frage stellen. Deshalb ist für mich unstrittig: Ein vorgezogener Kohleausstieg durch die Hintertür eines Klimaschutzgesetzes muss ausgeschlossen sein.“

Dr. Helmar Rendez, Vorstandsvorsitzender der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG, Cottbus

wird. Zusätzliche und noch schneller zu erreichende Reduktionsziele in diesem Bereich führen zwangsläufig zu höheren Risiken für die Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise. Daran kann niemand ein Interesse haben. Dies gilt auch für gesetzlich starr vorge-

gebene jährliche sektorale Emissionsbudgets – das wäre eine Einladung für eine neue Qualität von Klagewellen und würde die Planungs- und Rechtssicherheit grundsätzlich in Frage stellen. Deshalb ist für mich unstrittig: Ein vorgezogener Kohleausstieg durch die Hintertür eines

Klimaschutzgesetzes muss ausgeschlossen sein.

„et“: Herr Dr. Rendez, vielen Dank für das Interview.

„et“-Redaktion

Bundesinnovationsnetzwerk optimiert betriebsinterne Stoff- und Energieströme

In der Landwirtschaft, dem Gewerbe und bei der Produktion: überall werden Rohstoffe verarbeitet und genutzt sowie Energie erzeugt und wieder verbraucht. Die dabei zum Einsatz kommenden Technologien und Anlagen sind oft ungenügend auf die betriebseigenen Strukturen angepasst. In der Regel ist nicht gleich ersichtlich, wo genau im eigenen Stoff- und Energiekreislauf Einsparpotentiale liegen. Zudem zwingen Änderungen der Gesetze und Umweltzertifizierungen viele Kommunen und Unternehmen dazu, Energieeinsparungen und Rohstoffrückgewinnung betreiben zu müssen, was eine Anpassung der eigenen Betriebsabläufe notwendig macht. Die Novellierung der Klärschlammverordnung beispielsweise erschwert die Schlamm Entsorgung von Kommunen und die befristete Solarförderung des Bundes macht Post-EEG-Konzepte notwendig. Deshalb bietet das Innovationsnetzwerk Energiesysteme Ländlicher Raum (INEL) innovative und standortbezogene Energie- und Recyclingkonzepte von der Entwicklung bis hin zur Umsetzung vor Ort aus einer Hand. Im Rahmen des Innovationsnetzwerks bündeln 15 mittelständische Unternehmen ihre Erfahrungen im Bereich der technischen Nutzung energetischer und stofflicher Nebenprodukte und kombinieren mehrere innovative Einzeltechnologien zu nachhaltigen Anlagenkonzepten. Ziel sind passgenaue Lösungen für ländliche Akteure vom Gewerbebetrieb, über Kommunalen Eigenbetrieb bis zu öffentlichen Verwaltungseinheiten.

Ob als landwirtschaftlicher Betrieb, mittelständisches Unternehmen oder Kommune: ein ökonomisch sinnvoller Umgang mit Energie und Roh- sowie Reststoffen hilft, dabei laufende Kosten gering zu halten. „Wo die Einsparpotentiale im betriebseigenen Verbrauch liegen, ist nicht immer leicht zu erkennen“, erläutert Alexander Schank, Geschäftsführer des INEL-Netzwerks. „Zu einem passgenauen und

standortbezogenen Konzept ist vor allem ein fundierter Anbietervergleich geeigneter Technologielösungen, sowie Wissen über aktuelle Innovationen notwendig, um die eigenen Energie- und Stoffkreisläufe zu optimieren.“ Dass dies aber häufig sinnvoll ist, zeigt sich auch an wechselnden energiewirtschaftlichen Trends und politischen Entscheidungen, die einen zunehmenden Handlungsdruck auch auf ländliche Akteure aufbauen. Prominente Beispiele der letzten Jahre sind die auslaufende Solarförderung im Rahmen des EEG sowie die Novellierung der Klärschlammverordnung, die unter anderem die Rückgewinnung von Phosphor als Zielvorgabe setzt. Viele Unternehmen und Kommunen sind jedoch nur bedingt darauf vorbereitet, die geforderten Anpassungen in eigener Regie zügig umzusetzen – teils aus unzureichender Marktübersicht technischer Lösungen, teils aus Mangel an geeigneten Ressourcen.

In diesen Fällen kann das INEL, das von der abc GmbH aus Köln koordiniert wird, Anwender aus Industrie und Landwirtschaft sowie kommunale Partner bei der Vorplanung und Implementierung kosteneffizienter und innovativer Anlagentechnologien unterstützen. Das thematische Leitnetzwerk des Bundeswirtschaftsministeriums bündelt dabei mehrere Einzeltechnologien verschiedener innovativer Mittelstandsunternehmen und kombiniert diese basierend auf einer Vorortanalyse und Machbarkeitsprüfung zu einem individuell angepassten Konzept für jeden einzelnen Standort. Das Netzwerk tritt dabei als Projektentwickler und -umsetzer auf und übernimmt im Bedarfsfall sämtliche Planungs- und Betriebsschritte, sodass Anwender eine schlüsselfertige Lösung erhalten.

Weitere Informationen unter: www.inel-netzwerk.de

Erdgas: Heute Zukunftsoption – morgen Ausstiegsenergie?

Erdgas soll nach dem Ausstieg aus der Kernenergie und dem Verzicht auf Kohle die zentrale Säule der konventionellen Stromerzeugung bilden. Geringe Emissionen des Energieträgers und hohe Flexibilität der Stromerzeugungsanlagen werden immer wieder als Hauptargumente für einen verstärkten Einsatz von Erdgas ins Feld geführt. Doch zunehmend wird hinterfragt, ob der Ersatz von fossilen Energieträgern durch andere fossile Energieträger in der Stromerzeugung tatsächlich den Weg in eine emissionsarme Zukunft ebnet [1, 2, 3, 4].

„Sauberes Erdgas“ ist eine Zusammensetzung sich widersprechender Begriffe, ein Oxymoron. Erdgas ist nicht per se klimafreundlich. Es ist allenfalls klimafreundlicher als andere Energieträger. Aber auch das gilt nicht unbedingt. Denn Erdgas wirkt auf zweifache Weise auf das Klima: Bei der energetischen Nutzung entsteht wie bei allen fossilen Energieträgern CO₂. Erdgas, chemisch Methan (CH₄), ist aber bereits als Naturstoff klimawirksam, seine Freisetzung muss also dringend vermieden werden.

Methan ist nach Kohlendioxid das zweitwichtigste anthropogene Treibhausgas. Zu den anthropogenen Methanquellen gehören die Erdgasgewinnung, -verarbeitung und der -transport. Methan wird außerdem durch die Landwirtschaft (z.B. Reisanbau, Viehhaltung) sowie bei Vulkanausbrüchen freigesetzt. Die Verweildauer von Methan in der Atmosphäre beträgt zwischen 9 und 15 Jahren und ist damit deutlich kürzer als die von CO₂ mit bis

zu 120 Jahren, doch Methan wirkt um das 25-fache klimaschädlicher.

Die CO₂-Emissionen sind bei der Stromerzeugung auf Basis von Erdgas im Vergleich zur Kohle nur etwa halb so hoch, da das Wasserstoff-Kohlenstoff-Verhältnis günstiger ist. Doch die Beschränkung der Klimarelevanz eines Energieträgers allein auf CO₂-Emissionen im Umwandlungsbereich ist irreführend. Die Begrenzung der globalen Erwärmung gelingt nur bei Betrachtung aller klimarelevanten Spurengase und Quellen. Sie erfordert die Berücksichtigung der gesamten Prozesskette von der Gewinnung des Energieträgers bis zu seiner Nutzung.

Deutschland deckt seinen Erdgasbedarf zu 94 % (2018) durch Importe. Hauptlieferant ist Russland. Weitere Lieferungen stammen aus den Niederlanden (bis 2030) sowie Norwegen. Die Inlandsförderung ist (u.a. wegen des Frackingverbotes) seit längerem stark rückläufig. Damit Deutschland nicht noch stärker von russischem

Erdgas abhängig wird, sollen an der deutschen Küste Terminals zur Anlandung von Flüssigerdgas (LNG) errichtet und betrieben werden, die es Deutschland erlauben würden, am weltweiten, nicht-pipeline-gebundenen Erdgashandel teilzunehmen.

Der Schiffstransport von Flüssigerdgas über weite Distanzen und die stetige Zunahme des internationalen Erdgashandels verschlechtert die Klimabilanz von Erdgas jedoch erheblich [5]. Abb. 1 zeigt die Verteilung der Anteile der gesamten Treibhausgasemissionen auf die einzelnen Prozessschritte am Beispiel des amerikanischen LNG-Exportmarktes [6].

Ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen entfällt bei der Verwendung von LNG aus den USA auf die Lieferkette.

Zum Vergleich: Bei der Nutzung der heimischen Braunkohle entfallen nur etwa drei Prozent der Treibhausgasemissionen auf Förderung und Transport. Braunkohle muss nicht über große Distanzen transportiert werden. Tagebaue und Kraftwerke sind örtlich und technisch eng miteinander verbunden.

Bei zunehmendem Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien müssen konventionelle Kraftwerke verstärkt im Teillastbereich betrieben werden. Bei dieser Fahrweise kommt es insbesondere bei Gas- und Dampfturbinen-Anlagen zu deutlich erhöhten CO₂-Emissionen [7]. Der Emissionsvorteil von Gas gegenüber Kohle verringert sich – bei Einbezug der vorgelagerten Emissionen – spürbar [8] (Abb. 2).

Experten rechnen im Zuge eines vollständigen Kohleausstiegs mit einer Verdopplung der heutigen Erdgas-Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland.

Vor dem Hintergrund begrenzter Umweltvorteile und der Notwendigkeit beträchtlicher



Abb. 1 Anteile der gesamten Treibhausgas-Emissionen der einzelnen Prozessschritte der Nutzung von Erdgas zur Stromerzeugung
Quelle: https://cdn.americanprogress.org/wp-content/uploads/2014/08/TaraskaLNG_report.pdf

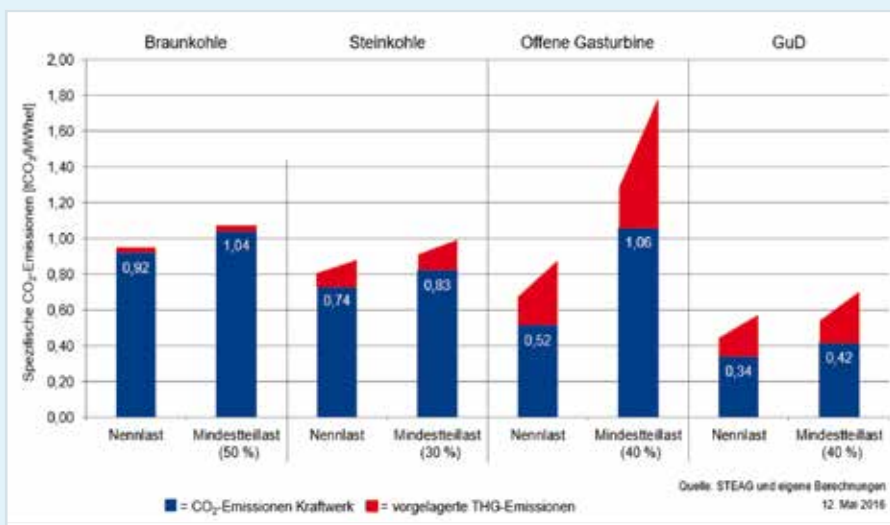


Abb.2 Spezifische CO₂-Emissionen verschiedener Erzeugungstechnologien
Quelle: Energiewirtschaftliche Tagesfragen

Investitionen in die Gasinfrastruktur (Kraftwerke, Pipelines, LNG-Terminals) stellt sich die Frage nach dem volkswirtschaftlichen Sinn und dem klimapolitischen Nutzen eines kurzfristig verstärkten Erdgaseinsatzes.

Für die Übergangszeit bleibt also sorgfältig abzuwägen, ob nicht vorhandene Strukturen

sinnvoll und zu geringeren Kosten und Risiken genutzt werden können.

Quellen

[1] Siehe z.B. <http://www.dgs.de/news/en-detail/250119-nicht-all-wollen-vom-erdgas-als-brueckentechnologie-abruecken/>

[2] Siehe z.B. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article188950971/Katrin-Goering-Eckardt-Nord-Stream-2-war-von-Anfang-an-falsch.html>

[3] Siehe z.B. <https://www.solarify.eu/2019/03/20/520-methan-schlimmer-als-braunkohle/>

[4] Siehe z.B. <https://newclimate.org/2017/06/22/foot-off-the-gas/>

[5] Siehe auch: <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/lichtblicke-kolumnen/das-abc-von-energiewende-und-gruensprech-84-fuel-switch/>

[6] Taraska, G.; Banks, D., Center for American Progress: „The Climate Implications of U.S. Liquefied Natural Gas, or LNG, Exports“, 2014, S. 7.

[7] Bei Steinkohlenkraftwerken mit einer Teillast von 30 % erhöhen sich die CO₂-Emissionen von 0,74 auf 0,83 t CO₂/MWhel. Bei einer Teillast von 50 % erhöhen sich bei Braunkohlenkraftwerken die Emissionen von 0,92 auf 1,04 t CO₂/MWhel. Bei GuD-Kraftwerken mit einer Teillast von 40 % steigen die Emissionen von 0,34 auf 0,42 t CO₂/MWhel. Ist die Last jedoch geringer, so dass nur die Gasturbine betrieben wird, erhöhen sich die spezifischen Emissionen auf 1,06 t CO₂/MWhel.

[8] Vgl. Milojevic, G.; Dyllong, Y.: „Vergleich der Flexibilität und der CO₂-Emissionen von Kohlen- und Gaskraftwerken“ in Energiewirtschaftliche Tagesfragen, 66. Jg. (2016), Heft 7, S. 29 ff.

„et“-Redaktion

EWI mit neuer Struktur und Finanzierung

„Die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen an das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Daher haben wir unser Forschungsgebiet bereits erfolgreich um integrierte Energiesystemanalysen und Digitalisierung erweitert. Durch die institutionelle Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen können wir nun die Forschung über und für die Energiewirtschaft der Zukunft weiter ausbauen“, stellte der Direktor des EWI, Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge, Mitte Februar anlässlich der Neuaufstellung des Instituts fest. Einen wesentlichen neuen Schwerpunkt sollen insbesondere die technischen, ökonomischen und regulatorischen Zukunftsfragen einer dezentralen, digitalisierten Energiewirtschaft bilden. Die bisherigen Aktivitäten werden auf dem bekannten hohen Niveau fortgeführt.

Auch der zweite Direktor des EWI, Prof. Dr. Wolfgang Ketter, hat große Erwartungen an die neue Aufstellung des EWI. Prof. Dr. Ketter betont: „Die neue Struktur und die Unterstützung durch das Land stärken die Leistungsfähigkeit des Instituts und ermöglichen neue,

zukunftsorientierte Forschung beispielsweise auch zur Nutzung der sogenannten ‚Künstlichen Intelligenz‘ in der neuen Energiewirtschaft.“

Die wissenschaftliche Weiterentwicklung des EWI ist verbunden mit einer gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierung. Das EWI wurde im Herbst 2018 in eine neue gemeinnützige GmbH eingebracht, welche auch die Aktivitäten der ewi Energy Research & Scenarios gGmbH (ewi ER&S) weiterführen und entwickeln wird. Die neue Gesellschaftsform ermöglicht es, dass das renommierte Institut ab 2019 durch das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIDE) institutionell gefördert werden kann. Die Landesförderung dient der Absicherung der Grundfinanzierung des Instituts und soll jährlich bis zu 800.000 € betragen. Der Förderverein des EWI scheidet gleichzeitig aus der Grundfinanzierung aus und wird das EWI zukünftig ausschließlich projektgebunden fördern.

Weitere Information: <https://www.ewi.uni-koeln.de/de/>